Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Soziales, Jugend und Gleichstellung (öffentlich) der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg

Sitzungstermin:	Mittwoch, 15.05.2019
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:20 Uhr
Ort, Raum:	Sozial- und Jugendamt Tagungsraum 2. UG, Friedrichstraße 36

Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Herr Roland Böhm - Marburger Linke	
reguläre Mitglieder	
Frau Myriam Hövel - SPD	Vertretung für: Frau Erika Lotz-Halilovic
Herr Ulrich Severin - SPD	
Frau Marianne Wölk - SPD	Vertretung für: Frau Bettina Böttcher
Herr Winfried Kissel - CDU	
Herr Stephan Muth - CDU	
Frau Runhild Piper - CDU	
Frau Madelaine Stahl - B90/Die Grünen	
Herr Roland Stürmer - B90/Die Grünen	Vertretung für: Frau Dr. Christa Perabo
Frau Elisabeth Kula - Marburger Linke	
Herr Dr. Hermann Uchtmann - FDP/MBL	
beratende Mitglieder	
Herr Dr. Michael Weber – Piratenpartei	

Entschuldigte Mitglieder	
reguläre Mitglieder	
Frau Bettina Böttcher - SPD	- entschuldigt -
Frau Alexandra Klusmann - SPD	- entschuldigt -
Frau Erika Lotz-Halilovic - SPD	- entschuldigt -
Frau Dr. Christa Perabo - B90/Die Grünen	- entschuldigt -
Frau Gabriele Mensing - BfM	- entschuldigt -

Magistrat	
Frau Stadträtin Kirsten Dinnebier - SPD	- entschuldigt -

Magistrat
Oberbürgermeister Herr Dr. Thomas Spies
Verwaltung
Frau Dr. Engel, Frau Griese, Frau Kalina (Prakt. FD 16), Frau Lambrecht, Frau Meier, Frau Mösbauer, Frau Wolkau, Herr Schmidt (Protokoll)
Behindertenbeirat
Frau Mayer
Seniorenbeirat
Frau Becker
Ausländerbeirat
Frau Cloutier
Gäste
Frau Goecke und Frau Schmerberg (*Gemeindeschwester 2.*0), Herr Kling-Böhm, Herr Zentner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Gegen die vorgeschlagene Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Die Vorlage VO/6809/2019, Antrag der Fraktionen SPD, BfM und CDU betr.:
Konstituierung eines Runden Tisches Trennungskinder, wurde als Tischvorlage ausgelegt. Es besteht Einvernehmen, den Antrag, wie in der elektronischen Beratungsfolge terminiert, in der nächsten Sitzung im Juni zu behandeln.

Gleichfalls als Tischvorlage wurde den Ausschussmitgliedern ein Flyer zum Regionaltag am 06. Juni 2019 *"Alles schon perfekt ? Welche Auswirkungen hat das BTHG auf die Kinder- und Jugendhilfe und welche Herausforderungen ergeben sich für die Praxis?"* ausgelegt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 03.04.2019

Die Niederschrift der vorhergehenden Sitzung wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

zu 3 Vorstellung der "Gemeindeschwestern 2.0 für Marburgs westliche Stadtteile"

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies berichtet aus Sicht des Magistrats. Die Altenplanerin Frau Dr. Engel und die Fachbereichsleitung 4 Herr Schmidt erläutern für die Verwaltung. Herr Lang

von der Marburger Altenhilfe, die in diesem vom Land Hessen geförderten Projekt mit der Universitätsstadt Marburg eng kooperiert, ist terminlich verhindert und kann deshalb zu diesem Tagesordnungspunkt nicht präsent sein.

Die als "Gemeindeschwester 2.0" eingestellten Mitarbeiterinnen, Frau Johanna Goecke und Frau Sabine Schmerberg, stellen sich im Ausschuss vor und beschreiben ihr Aufgaben- und Einsatzgebiet sowie die anstehenden, nächsten Schritte.

In dem sich anschließenden Dialog werden Fragen der Mitglieder beantwortet. Die Implementierung dieses Soziallotsinnenangebots wird als wichtiger Baustein für die Versorgung im ländlich geprägten Quartier begrüßt und befürwortet.

zu 4 Kenntnisnahmen

zu 4.1 Umsetzungsprozess des Marburger Aktionsplanes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen - Gesamtübersicht 2017 bis 2019 Vorlage: VO/5252/2016-3

Die Sozialplanerin Frau Meier erläutert zur Vorlage. Fragen der Mitglieder werden beantwortet und der Bericht wird im Ausschuss zur Kenntnis genommen.

zu 4.2 Bericht "Migrationshintergrund und Ausbildungsmarkt in Marburg", eine Maßnahme im Ersten Marburger Aktionsplan für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (EU-Charta) Vorlage: VO/6797/2019

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies erläutert aus Sicht des Magistrats. Frau Griese veranschaulicht den Bericht aus der Perspektive der Verwaltung. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Die in diesem Bericht bestätigte, lückenhafte Datenlage, lässt sich aller Voraussicht nach nicht kurzerhand optimieren. Die beteiligten Akteure haben spezialgesetzliche oder mit einer Förderbewilligung Dritter verbundene konkrete Vorgaben hinsichtlich zu erhebender Daten sowie strenge Datenschutzvorgaben einzuhalten und andererseits ist die nicht einheitliche Datenerhebung für Berichtspflichtige wiederum mit enormem Zeitaufwand verbunden, der ohne entsprechende organisatorische Maßnahmen nicht leistbar ist.

zu 5 Bericht "Bezuschusste Arbeitsmarktmaßnahmen und Gendergerechtigkeit", eine Maßnahme im Ersten Marburger Aktionsplan für die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene (EU-Charta) Vorlage: VO/6796/2019

Frau Griese erläutert den Bericht aus der Sicht der Verwaltung und beschreibt den Prozess. Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

zu 6 Verschiedenes

Oberbürgermeister Herr Dr. Spies nimmt Stellung zur Berichterstattung in der Oberhessischen Presse vom 15. Mai 2019 bzgl. Kinderbetreuungsplätzen und erläutert den Sachverhalt aus

Sicht des Magistrats und Jugendamts. Die Stellungnahme des Fachdienstes Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf eine entsprechende, mediale Vor-Anfrage wird diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Weitere Themen liegen nicht vor.

Marburg, 17.05.2019

Roland Böhm Vorsitzender	Peter Schmidt Protokoll

A N L A G E: TOP 6 / Verschiedenes

Kinderbetreuung in Marburg – Vergabe der Plätze

Antwort der Pressestelle der Universitätsstadt Marburg auf eine Presseanfrage der Oberhessischen Presse, 10. Mai 2019

Die Universitätsstadt Marburg hat den Anspruch, allen Eltern ein passgenaues und bedarfsgerechtes Angebot in der Kindertagesbetreuung anzubieten. Der Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz wird von der Universitätsstadt Marburg in Kooperation mit freien Trägern umgesetzt. Aktuell werden fast 2500 Betreuungsplätze bereitgestellt. Etwa ein Drittel (700 bis 800) werden zu Beginn jedes Kindergartenjahres Jahr neu belegt.

Die Eltern haben die Möglichkeit, sich bei dem Träger und in der Einrichtung ihrer Wahl anzumelden. Es gibt keine zentrale Platzvergabe durch die Stadt, aber Stadt und Träger stimmen sich in der Regel stadtteilbezogen im Rahmen der Platzvergabe ab.

Die Platzvergabe erfolgt zum Teil in sehr individuellen Beratungsgesprächen und mit viel Fingerspitzengefühl. In manchen Jahren ist die Platzvergabe ein länger währender Prozess, um den Betreuungsanfragen der Eltern gerecht werden zu können.

Die besondere Herausforderung dabei ist, dass sich viele Eltern bei mehreren Einrichtungen gleichzeitig um einen Betreuungsplatz bewerben. Deshalb muss aus der Gesamtheit der vorliegenden Anmeldungen erst einmal die Zahl der tatsächlich benötigten Plätze ermittelt werden. Die Stadt geht davon aus, allen Eltern in einem vertretbaren Zeitraum einen Platz anbieten zu können. Allerdings wird es nicht immer möglich sein, dass Wunscheinrichtung, gewünschte Betreuungsstart und Wohnortnähe in jedem Einzelfall übereinstimmen.

Bislang sind die jährlichen Neuaufnahmen und die Platzvergabe (ca. 700-800) in den Kindertageseinrichtungen mit dem vorhandenen analogen System stadtweit mit großem Aufwand verbunden. Deshalb hat die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2017 beschlossen, dass den Eltern alle Informationen über Betreuungsplätze zentral bereitgestellt werden sollen. Damit verbunden wird ein zentrales Anmeldeverfahren eingeführt, um Mehrfachanmeldungen zu vermeiden und die Steuerung der Platzvergabe bedarfsgerechter, effektiver und transparenter zu gestalten.

Dieses neue digitalgestützte und nutzerfreundliche Informationsportal biete allen Beteiligungen viele Vereinfachungen: Es macht vor allem die Vergabe für Eltern, Träger und der Stadt einfacher und transparenter. Das System soll 2020 in den Probebetrieb gehen.

Für Eltern gibt es einen Rechtsanspruch auf Betreuung ab dem 1. Lebensjahr. Für die Umsetzung des Rechtsanspruchs ist die Stadt als öffentlicher Träger der Jugendhilfe zuständig. Der Platzbedarf ist in den letzten zwei Jahren erheblich gestiegen: durch die steigenden Geburtenzahlen, durch einen erheblichen Zuzug von Familien nach Marburg und durch den früheren Einstieg in die Betreuung unter 3 Jahren.

Darauf hat die Stadt Marburg mit einem sehr engagierten und kurzfristigen Platzausbau reagiert. 2018 wurden für die Familien in Marburg 104 zusätzliche Betreuungsplätze geschaffen und für 2019 sind bisher 30 neue Krippenplätze und 76 Kitaplätze in der Umsetzung. Dies bedeutet, der Platzausbau schreitet voran und wird auch in den kommenden Jahren ein zentrales Thema in Marburg sein. Für den gesamten Bereich Kinderbetreuung wendet die Stadt im laufenden Jahr 36 Millionen Euro auf – zwölf Prozent mehr als 2018 und so viel wie noch nie zuvor.

Die Stadt Marburg ist auch weiterhin in der Lage, gesamtstädtisch die Sicherstellung des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz zu garantieren. Allerdings nicht immer und

in jedem Einzelfall in der Kombination von Wunsch-Betreuungsart, Wunscheinrichtung und Wortortnähe. Gerade in den Stadtteilen Cappel und Richtsberg steigt die Nachfrage nach Betreuungsplätzen. Die Platzvergabe unter Berücksichtigung der Elternwünsche (Wunscheinrichtung und Betreuungszeiten) sind ein erheblicher Koordinationsaufwand. In beiden Stadtteilen hat der Platzausbau weiter höchste Priorität.
Zusätzlich zum Platzausbau investiert die Stadt aktuell und auch in den kommenden Jahren erheblich in die Sanierung und den Neubau von Einrichtungen. Neben vielen kleineren Renovierungen und Sanierungen in den Kitas gibt es vor allem Grundsanierungen und Neubauten in den Einrichtungen Familienzentrum Gedankenspiel, Geschwister-Scholl-Straße und Goldberg sowie einen Neubau im Stadtwald für die Einrichtungen Graf-von-Stauffenberg-Straße und IKJG. Im Zuge dieser Baumaßnahmen an bestehenden Kitas werden weitere Plätze geplant.
Dass die Universitätsstadt Marburg als eine von ganz wenigen Städten in Hessen die Gebühren für die Kindergartenbetreuung komplett abgeschafft hat, ist unabhängig vom Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Der bedarfsgerechte Ausbau und der für Eltern kostenlose Zugang zu Betreuungs- und Bildungsangeboten sollen in Marburg gleichberechtigt umgesetzt werden. Ebenso wie der weitere Qualitätsausbau in der Kinderbetreuung – aktuell zum Beispiel durch zusätzliches Personal, um die Leitungsstunden in allen Einrichtungen der Kinderbetreuung zu erhöhen.